

Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst
Band: 16 (1926)
Heft: 19

Rubrik: Aus der politischen Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ich wagte einen Hebelgriff. Der rote Zeiger springt von 30 auf 60 Kilometer. Noch ein Hebelgriff. Ergebnis: 90 Kilometer.

Ich rase die fünfte Runde. Hören kann ich nichts mehr. Sie machen ihre Hände hohl. Sie brüllen. Ich brülle auch: „Halt's mi auf! Halt's mi auf!“

Sechste Runde. Sie fechten mit den Händen Hebelstellungen in die Luft. Ich überlege. Erwische ich die Bremse, wirft es mich mit 90 Kilometern aus der Bahn.

Siebente Runde. Die Hände klammern sich im Krampf. Ich markiere: Ich will ja gar nicht runter.

8., achte Runde. Ich hänge bleich im Radgestell. Ich markiere: Prachtvoll, Kinder, herrlich, dieser Luftzug.

9., neunte Runde. Kalter Schweiß bricht aus. Ich erkrampfte ein Lächeln: Doch wunderbar, wenn der Geist die rohe Maschinenkraft siegreich beherrscht.

Zehnte Runde. Verbissenheit: Wollen doch mal sehen, wer es länger aushält, dieses Rasselstinktier oder ich?

Zwölfte Runde. Allgemeine Wurschtigkeit in der Richtung, wo ich meine Freunde vermute: Ich habe Zeit, ich habe eine Menge Zeit...

Ob freilich der geehrte Leser auch so viel hat — also kurz und gut, da ich nicht nachgab, die Maschine auch nicht, tat es das Benzin. Gegen Abend, um die dreihundertfünfzigste Runde herum, war es erschöpft. Stöhnend puffte die Maschine aus. Ich schlotterte von ihr herunter. Mit der letzten Kraft markierte ich noch einen Tritt: „Wie ich sagte, Freunde, überdrüssig bin ich ihrer.“

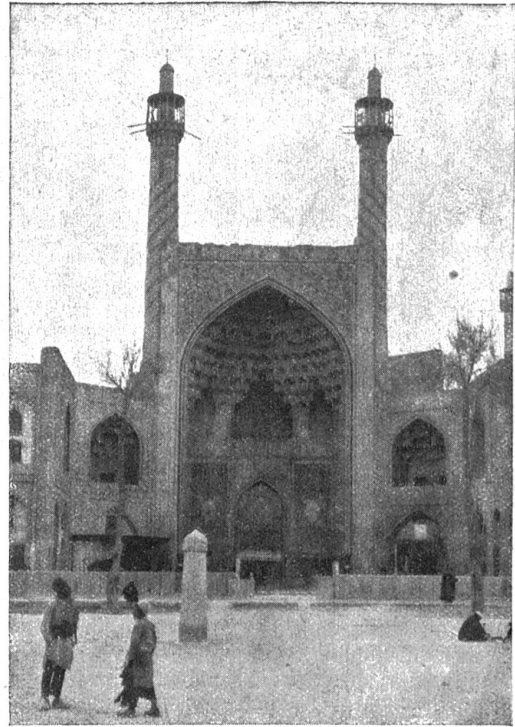
Aus der politischen Woche.

Der Berliner Vertrag.

Unter diesem Namen wird der eben von Dr. Stresemann und dem russischen Botschafter Krestinski in Berlin unterzeichnete deutsch-russische Vertrag in der Geschichte künftig genannt sein. Nach der anfänglichen Verblüffung hat nun die Diskussion über den Vertrag auf der ganzen Linie eingesetzt. Die Diplomatie ist noch zurückhaltend mit ihren Kommentaren. Dr. Benesch's Vorstoß in der Richtung auf den Artikel 16 und 17 der Völkerbundsatzung beantwortete Dr. Stresemann mit der Note an Krestinski bei Anlaß des Urkundenaustausches. Dieses politische Dokument ist von größter Bedeutung und dürfte noch Anlaß zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen im Schoße des Völkerbundes geben. Sie stellt in drei Punkten fest, daß 1. der Berliner Vertrag ein Instrument des Friedens sein will, 2. das Völkerbundsstatut durch den Vertrag nicht berührt wird, insofern nicht „im Rahmen des Völkerbundes irgendwelche Bestrebungen hervortreten, die im Widerspruch mit jener grundlegenden Friedensidee einseitig gegen Sowietrußland gerichtet sind“, und denen Deutschland mit allem Nachdruck entgegentreten würde; 3. die Artikel 16 und 17 der Völkerbundsatzung über das Sanktionsverfahren stehen nicht im Gegensatz zu der im Berliner Vertrag von Deutschland beobachteten Politik; denn hier ist von einem Angriffskrieg der Sowjets gegen einen dritten Staat die Rede, und bei der Entscheidung der Frage, ob Rußland in einem bestimmten Falle der Angreifer sei oder nicht, wird Deutschland von seinem Veto Gebrauch machen, wenn gegen Rußland falsche Beschuldigungen erhoben würden; übrigens entscheiden über die Frage, in welchem Maße Deutschland im konkreten Falle imstande wäre, an einem Sanktionsverfahren gegen Rußland teilzunehmen, die von der deutschen Regierung in ihrer Note vom 1. Dezember aufgestellten Vorbehalte.

Wie man sieht, ist die Lage, die sich aus dieser „Klarstellung“ betreffend dem Sanktionsverfahren ergibt, noch keineswegs abgeklärt. Nicht befriedigt sind natürlich die Staaten, über deren Köpfe hinweg sich die beiden Großvölker die Hände gereicht haben. Die Polen befürchten eine neue Teilung; sie sehen sich isoliert, von Westeuropa im

Stiche gelassen. Auch die Rumänen fühlen sich bedroht. Die bessarabische Frage ist nach wie vor das Damoklesschwert über dem Ostfrieden, und die Rumänen können trotz



Eingangsportal der großen Moschee in Isfahan.
(Klitchee aus Mittelholzer „Perfienflug“.)

aller Anstrengungen für ihre heutigen Grenzen keine Sicherungen erlangen. Erst kürzlich haben die Italiener wohl Freundschaftsbeteuerungen mit ihnen ausgetauscht, aber für Bessarabien wollen auch sie keine Garantien übernehmen. Dazu kommt die ungarische Gefahr, die jederzeit zur akuten Krise oder gar zum Kriege werden kann, wie der Fälscherprozeß dies mit erschreckender Deutlichkeit offenbart hat.

Anders ist die Einstellung der westeuropäischen Regierungen. London hat aber momentan dringlichere Sorgen als die um den Berliner Vertrag herum, obwohl die halbe Welt diesen als gegen England gerichtet bezeichnet. Chamberlain wird aber kaum in seiner heutigen passiven Haltung verharren, wenn seine Regierung erst die innerpolitischen Schwierigkeiten überwunden haben wird; denn es kann ihm natürlich nicht gleichgültig sein, wenn der gefährliche und unerbittliche Feind des britischen Imperiums sich in Europa sichert, um in Asien die Hände frei zu bekommen für den Kampf gegen England. Auch Paris hat seine Stellung zum Berliner Vertrag noch nicht endgültig bezogen. Briand hat im gegenwärtigen Moment kein Interesse an einer aggressiven Politik gegen Deutschland; denn noch ist der Friede in Marokko und in Syrien nicht gesichert und das Finanzproblem des Landes nicht gelöst. Darum kehrt der französische Premier auch in dieser Angelegenheit den Optimisten heraus und findet die deutsch-russische Freundschaft nicht anstößig. Umso lebhafter spricht sich die französische Presse aus und zwar, wie das begreiflich ist, nicht in beifälligem Sinne. Für die nationalistischen Gazetten genügt die Tatsache, daß Stresemann's Werk in ganz Deutschland Zustimmung findet und zwar von den Kommunisten bis zu den Deutschnationalen einschließlich der Sozialdemokratie und das Zentrum. Das „Echo de Paris“ wirft die Frage auf, ob nun Deutschland überhaupt noch in den Völkerbund aufgenommen werden könne. Und das „Deuvre“ glaubt annehmen zu müssen, daß Deutschland gewillt sei, als Mitglied des Völkerbundes jede Sanktion gegen Ruß-



Riza Khan mit seinem Stab.
(Mittelschnee aus Mittelholzer „Persienflug“.)

land, auch wenn es Polen oder Rumänien angreifen wird, zu hintertreiben.

Ganz offen hat der belgische Außenminister Vandervelde seine Bedenken gegen den Berliner Vertrag ausgesprochen. Man weiß, daß die drei Locarnomächte — ob mit oder ohne Einschluß Italiens, ist aus den Meldungen nicht ersichtlich — die Angelegenheit besprechen, um sich ein gemeinsames Vorgehen zu sichern. Im Zusammenhang damit mag die Berliner Reise des deutschen Botschafters in Paris stehen. Wie gesagt, das Problem wird vor dem Eintritt Deutschlands in Genf noch genugsam hin und her erwogen werden.

Der Generalstreik in England.

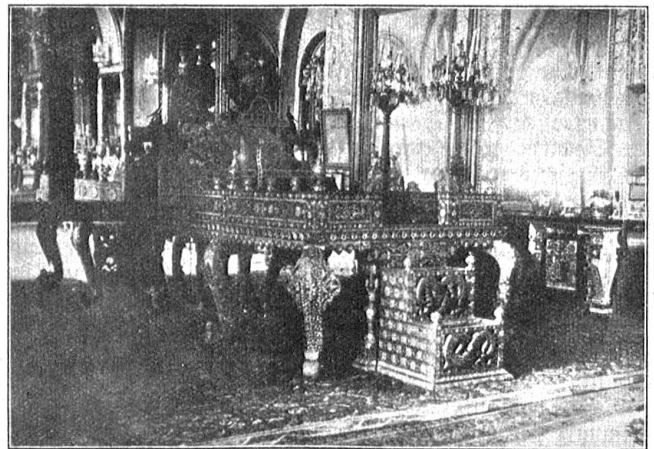
Die Einigung zwischen den Grubenleuten und den Grubenbesitzern ist nicht geglückt, und am Montag um Mitternacht ist in ganz England der Generalstreik ausgebrochen. Was das englische Volk mit aller Entschiedenheit von sich abwehren wollte, ohne daß es Partei ergreifen wollte, was es mit den 20 Millionen Pfund Subsidien verhindern wollte, das ist nun ganz unvermuteterweise doch Wirklichkeit geworden: der Verkehr steht still, die Fremden haben fluchtartig das Land verlassen, die Hotels sind wie ausgestorben; die zwei Millionen Grubenleute sind mit den letzten Zügen nach Hause gefahren; weitere Millionen von Arbeitern werden, gezwungen durch die Kohlennot, die Fabriken verlassen müssen, wenn sie es nicht schon aus Solidarität getan haben. Die „Tripelalliance“, der Zusammenschluß der Grubenleute, Metallarbeiter und Eisenbahner, gibt dem Generalstreik eine Kraft, die für England katastrophale Folgen haben kann. Zwar rechnet man in bürgerlichen Kreisen auf einen raschen Zusammenbruch des Streiks; das Land sei auf drei Monate hinaus mit Brennkohle versorgt, und massenhaft melden sich Freiwillige zu Arbeitsleistungen an; natürlich hat die Regierung Militär zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgeboden. Die Arbeiter aber glauben, mindestens fünf Wochen lang aus eigener Kraft aushalten zu können. Für längere Dauer des Streikes stehen ihnen Unterstützungsgelder des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Aussicht. So stellt sich momentan die Lage als wenig vertrauenerweckend dar. Die Regierung Baldwin ist in bedrängter Lage. Sie hat nicht die nötige Energie gezeigt, um die Situation zu retten. Und doch wäre die Möglichkeit dazu vorhanden gewesen. Es lag ein ausführlicher Bericht der Untersuchungskommission vor, der die Mittel und Wege zur Lösung der Frage angab. Die Grubenleute waren im Recht, wenn sie für das Lohnopfer, das sie zu bringen bereit waren, die Garantie der Neuorganisation der Gruben ver-

langten. Und wenn die Grubenbesitzer diese Neuorganisation nicht durchführen wollten oder konnten, so hätten sie eben der von der paritätischen Kommission vorgeschlagenen Nationalisierung zustimmen sollen. Statt energisch in dieser Richtung zu arbeiten, ließ Baldwin die Dinge bis zur Generalstreikdrohung gedeihen, und als diese ausgesprochen war, machte er die Angelegenheit zur Prestigefrage und stellte ein Ultimatum. Nun geht der Kampf, der eigentlich von keiner Seite gewollt ist, weil er dem Lande nur schaden kann, hart auf hart. Er kann den Konservativen die Macht kosten. Natürlich lacht sich Mostau ins Fäustchen und glaubt schon, die bolschewistische Revolution ins Land des Erbfeindes verpflanzt zu haben, womit es sich wohl wieder einmal schwer verrechnet haben dürfte.

Zur Thronbesteigung Riza Khans.

Am 25. April lechthin hat in Persien die Krönung des neuen Schahs stattgefunden. Riza Khan Behlwi ist eine orientalische Herrschergestalt, wie sie im Buche steht. Im Februar 1921 vollführte dieser kühne persische Rosafenoffizier, der von einfachen Bauernleuten abstammt, den Staatsstreich gegen den englandfreundlichen Premier Separadar. In der Folge ernannte und stürzte er Minister, amtierte selber in vier Ministerien als Kriegsminister und übernahm schließlich selbst die Regierung.

Sein Ehrgeiz ging aber weiter. Schon vor anderthalb Jahren versuchte er den Monarchen zu stürzen. Achmed Schah, der seit 1909 den Königstitel trägt, aber die Macht nie in den Händen hatte, weil seit 1923 in Paris, wo er sich vergnügt und Persien Persien sein läßt. Von seiner Seite hätte Riza Khan keinen Widerstand erfahren; der 27jährige Schah begehrte anscheinend gar nicht mehr nach Persien zurückzukehren. Aber die persische Geistlichkeit hielt am Königtum fest, weil sie fürchtete, unter einer Republik ihren Einfluß und ihren Reichtum zu verlieren. Riza Khan erreichte dann sein Ziel doch. Er setzte Achmed Schah ab und machte sich zum Präsidenten der Republik. Aber dem persischen Volk ist anscheinend die monarchistische Staatsform angemessener als die republikanische. Wenigstens ließ es ohne Widerstand geschehen, daß Riza Khan den verwaisteten Thron selbst bestieg. Die Krönung geschah unter Feierlichkeiten, die man sich natürlich in aller orientalischer Pracht vorzustellen hat. Der Thron selbst soll über und über mit Edelsteinen bedeckt sein und den kostbarsten Herrscher-sitz der Welt darstellen.



Zur Thronbesteigung Riza Khans.

Am 25. April lechthin fand in Teheran die feierliche Krönung Riza Khans zum König von Persien statt. Der Chronist im Palast in Teheran mit dem kostbaren Thron, dem teuersten der Welt.